

**15.4.2010**

**Sehr geehrte Abgeordnete des Kreissozialausschusses, sehr geehrter Herr amtierender Landrat,**

wir, eine Gruppe für Integration im Landkreis, möchten Sie ausdrücklich darum bitten, einer Verlängerung des Betreibervertrages mit Herrn Wiesemann bzgl. des Asylheimes in Treskow ab dem 3.12.10, nicht zuzustimmen.

Als „Anwälte“ der Asylbewerber, die dringend eine geeignete, menschenwürdige Unterbringung benötigen, fordern wir angemessene Zeit zur sachkundigen Prüfung der Unterlagen ggf. mit externer Unterstützung. Wir bitten darum, die Verwaltung zu beauftragen, nach Wohnungen im Stadtgebiet zu suchen und in Verhandlung mit möglichen Vermietern zu treten.

Der geschiedene Landrat hat mehrfach öffentlich erklärt, dass das Übergangwohnheim in Treskow geschlossen werden soll. Ein neuer Landrat ist noch nicht gewählt.

Es mutet uns gelinde gesagt eigenartig an, dass nach dem Beschluss im vorigen Jahr, Zitat: „unverzüglich“ Alternativen für die Unterbringung von Asylbewerbern zu suchen, nun in der Sitzungsvorlage 2010-0175 Gemeinschaftsunterkünfte wieder als „zweckmäßig“ bezeichnet werden.

Unsere Kritik der Ghettoisierung (Industriegebiet- eine Art Lager) und höchste Schwierigkeiten der Begegnung mit Deutschen, wurde überhaupt nicht aufgenommen und berücksichtigt.

Auch ist in dieser Vorlage davon die Rede, dass angeblich die Verwaltung „mögliche Hinderungsgründe prüft, die einer Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften entgegen stehen.“

Dies war nicht ihre Aufgabe.

Es besteht nicht, wie in der Vorlage beschrieben, eine eingeschränkte Aussicht zur vorübergehenden Unterbringung in Wohnungen . Der Wohnleerstand spricht im Gegenteil dafür, Asylbewerber in Wohnungen im Stadtbereich unterzubringen.

Das Landesaufnahmegesetz schreibt in § 4 keine Lagerhaltung vor. Hier steht in Absatz 1: „Solange eine Versorgung mit Wohnraum im Zeitpunkt der Wohnsitzaufnahme nicht möglich ist, sind Personen nach § 2 (hier wird der Personenkreis beschrieben) in Einrichtungen der vorläufigen Unterbringung vorübergehend unterzubringen.“

Wir sind davon überzeugt, dass eine Versorgung mit Wohnraum in Neuruppin möglich ist, wenn dies **politischer Wille** ist.

Auch sind viele Asylbewerber in Treskow absolut nicht vorübergehend dort, sondern meist jahrelang.

Wir bitten darum, die Vorlage sorgfältig und qualifiziert zu prüfen.

Zum Beispiel geht sie davon aus, für alle Einzelpersonen Einraumwohnungen anzumieten.

Unser Vorschlag war es, Einzelpersonen in WGs zusammen zu fassen. Dadurch würden sich auch die Betriebskosten senken.

Die Zahlen der gemeldeten Asylbewerber in einem Landkreis sind immer höher als die, die sich tatsächlich permanent im LK aufhalten. So ist es in vielen Landkreisen üblich, Personen

zusammen zu fassen, die sich permanent und nicht ständig im LK aufhalten. Dies senkt die Kosten erheblich.

Wir denken, dass die Kosten für Wohnungen niedriger ausfallen als bei Betreuung des Heimes, u.a., weil dort für Menschen Pauschalen bezahlt werden, ob sie permanent da sind oder nicht. Der Betreiber macht als Zwischenhändler wohl Profite, sonst täte er es nicht.

Die Fa. Wiesemann ist aus unserer Sicht kein Träger mit sozialer/integrativer Zielsetzung, sondern ein Wirtschaftsunternehmen und an Gewinnmaximierung für eine abgeschriebene Immobilie interessiert, **die nie als Lebensmittelpunkt auf lange Zeit für Personen und Familien** konzipiert war.

**Das Objekt ist auch ohne Berücksichtigung des gegenwärtig erbärmlichen Erhaltungszustands völlig ungeeignet.**

Ein 15-seitiges Gutachten des Flüchtlingsrates in Bayern vom 24.11.09 hat eine Einsparung von 13,6 Millionen errechnet, wenn die Flüchtlinge in Wohnungen, statt in Sammelunterkünften untergebracht werden. (TAZ 24.11.09)  
Die Prignitz und andere Landkreise und Städte haben die Sammelunterkünfte abgeschafft.

In einer Diskussionsrunde mit Ausländerbehörde, Kreisverwaltung, NWG und der Integrationsbeauftragten der Stadt, wurde u. a. auch die Gefährdung des sozialen Friedens befürchtet.

Es befinden sich laut Anlage SV 2010-0175 132 ehemalige Asylbewerber in Wohnungen. Uns sind keine gravierenden Probleme, was den sozialen Frieden betrifft, bekannt.

Gemeinschaftsunterkünfte bedeuten immer Entmündigung, Perspektivlosigkeit, jahrelange Lebenspause im Ausnahmezustand und keine Integration.

Bitte helfen Sie, für die Menschen in Treskow eine menschenwürdige Unterbringung in der Stadt zu installieren und sie in unsere Gesellschaft zu integrieren.

Doris Rogmann, Beate Schädler, Achim Beyer, stellvertretende für den offenen Arbeitskreis Integration der Stadt Neuruppin